

Am 27.9.: Liste 3



Foto: Björn Tieleben

25. September, 15 bis 17 Uhr, Alexanderplatz: **HIER IST DIE LINKE!** Mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Petra Pau, Gesine Lötzsch, Halina Wawzyniak, Stefan Liebich und Klaus Lederer sowie Musik von bots (NL)

Das böse K-Wort

„Nein, wir sind nicht im Krieg!“ Verteidigungsminister Jung (CDU) ringt um Worte, um andere Etiketten, die dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan einen freundlichen Anschein geben sollen. Das böse K-Wort geht ihm nicht über die Lippen. „Deutschland“ und „Krieg“ sollen nicht zusammen gesprochen werden. Dabei weiß alle Welt, dass beide längst wieder in unheiliger Allianz agieren.

Der nach 1945 beschworene, stets brüchige Damm, der dennoch 50 Jahre hielt, wurde zuerst von der SPD im Bündnis mit den Grünen gebrochen. Deutsche Soldaten marschierten Ende der 1990er Jahre in Ex-Jugoslawien ein, völkerrechtswidrig. In Afghanistan kämpfen und fallen sie inzwischen seit nahezu acht Jahren. Auch im US-Krieg gegen den Irak leistet die Bundesrepublik verlässlich Schützenhilfe, allen gegenteiligen Schwüren zum Trotz. Krieg ist längst wieder zum Mittel der Politik geworden – und zu einer Frage der Ehre. Militärische Tugenden werden beschworen und mit Tapferkeitsorden beschönt. Ein neues Soldatendenkmal ist beschlossene Sache. Und wer zu alledem Nein sagt, gilt als Nestbeschmutzer oder unbelehrbar. Es ist „der alte Tanz auf dem alten Vulkan“, mahnte Kurt Tucholsky 1919 und er fragte - damals wie heute höchst aktuell: „Will das niemals anders werden?“ Ich meine: Es muss! Und es kann! 17 Jahre lang haben immer mehr Bürgerinnen und Bürger gegen das „Bombodrom“, einen Nato-Übungsplatz für weltweite Kriege, gekämpft. Mit Erfolg! Und DIE LINKE war von Anfang an dabei. Was sonst!

■ Petra Pau, DIE LINKE, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, kandidiert erneut auf Platz 2 der Berliner Landesliste und direkt im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf

Wahlauf Ruf von Gregor Gysi

Je stärker DIE LINKE – desto sozialer das Land

Am 27. September 2009 wird der neue Bundestag gewählt. „Es wird nie so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd“, pflegte einst Reichskanzler Otto von Bismarck zu sagen.

Viele folgen diesem Motto. Allen voran die Union und die FDP. Sie versprechen den Bürgerinnen und Bürgern unverdrossen Steuersenkungen, die allerdings vornehmlich den Reichen und Vermögenden zugute kommen sollen. Angesichts der Rekordschulden in den öffentlichen Haushalten und den in der Krise wegbrechenden Beitragseinnahmen der Renten-, Gesundheits-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung ließen sich Steuersenkungen entweder über weitere Kürzungen von Sozialleistungen, eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer oder eine noch höhere Verschuldung finanzieren. Es handelt sich also um einen besonders dreisten Wahlbetrug.

Die SPD verspricht bis zu 4 Millionen neue Arbeitsplätze in ihrem „Deutschland-Plan“ bis zum Sankt-Nimmerleinstag. Sie verspricht weiter die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen – alles Forderungen, die sie von der LINKEN in Teilen übernahm und im Bundestag bereits abgelehnt hat. Nun hat die SPD gleichzeitig erklärt, diese richtigen Forderungen ausgerechnet mit der marktradikalen FDP umsetzen zu wollen. Auch das ist daher schon von vornherein völlig unglaubwürdig.

Bei dieser Wahl geht es um die entscheidende Frage, wie die Krise am wirksamsten bekämpft werden wird. Union und FDP stehen für die Fortsetzung und Verschärfung des marktradikalen Weges. Die Rechnungen der Krise sollen erneut von den Rentnerinnen und Rentnern, den Arbeitslosen, den abhängig Beschäftigten und den Kranken in Form höherer Steuern und der Kürzung von Sozialleistungen bezahlt werden. Dies wäre der unsozialste Weg, der Weg einer weiteren Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.

Die SPD ist keine wirkliche Alternative, denn sie hat mit Hartz IV, der Agenda 2010 und in ihrer Regierungsverantwortung unter Angela Merkel bewiesen, dass auch sie diese Politik im Kern fortsetzen wird.

Wer möchte, dass die Krise in erster Linie von denen bezahlt wird, die es sich leisten können, und von denen, die sie verursacht haben, müsste DIE LINKE wählen. Da die vier neoliberalen Parteien gemeinsam mit Banken, Versicherungskonzernen und vielen Medien nicht wollen, dass DIE LINKE stärker wird, werden sie, wenn DIE LINKE zugewinnt, sozialer agieren müssen, um DIE LINKE nicht noch stärker werden zu lassen.

Außenpolitisch vordringlich ist die Beendigung des Krieges in Afghanistan. Die Bundeswehr muss ihren Einsatz beenden. Das fordert nur DIE LINKE.

- Je schwächer DIE LINKE, desto brutaler die marktradikale Politik!
- Je stärker DIE LINKE – desto sozialer das Land!

Thema:

Linke will Umlage befristen

Die LINKE im Abgeordnetenhaus will sich im Zusammenhang mit dem Berliner Klimaschutzgesetz dafür einsetzen, Modernisierungsumlagen zeitlich zu befristen. Derzeit müssen Mieter bundesweit dauerhaft für eine einmal erfolgte Modernisierungsmaßnahme zahlen. Dabei können elf Prozent der Kosten für eine Modernisierung auf die Jahresmiete umgelegt werden. Anschließend verwandelt sich diese Umlage in eine Dauerzahlung, obwohl jede Maßnahme nach gut neun Jahren abbezahlt ist. Um mehr Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen zu erzielen, so die Linksfraktion, gehöre diese Regelung auf den Prüfstand.

Konsequenzen aus S-Bahn-Chaos

DIE LINKE in Berlin hat die Bundesregierung aufgefordert, noch vor der Bundestagswahl den Börsengang der Deutschen Bahn endgültig zu beerdigen. Dieser sei einer der Gründe für das Chaos bei der Berliner S-Bahn. Es sei zu befürchten, dass eine neue Bundesregierung erneut Kurs auf die Börse nimmt. Um das für den Berliner Nahverkehr unverzichtbare Unternehmen diesem Renditedruck zu entziehen, schlägt DIE LINKE vor, die S-Bahn Berlin aus dem DB Konzern herauszulösen und als eigenständiges öffentliches Verkehrsunternehmen fortzuführen.

IBB-Vorstand: Eignung war entscheidend

DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat sich in der Frage der Vorstandsbesetzung bei der Investitionsbank Berlin (IBB) hinter Wirtschaftssenator Harald Wolf gestellt. Zwar habe man sich bei der Neubesetzung eine Frau gewünscht. Das transparente Verfahren habe jedoch gezeigt, dass letztlich die beste Eignung das Kriterium für die Entscheidung war. Erstmals hatte der Senat bei der Suche nach einem neuen Vorstand für die IBB Stellengesuche in zwei überregionalen Tageszeitungen veröffentlicht und eine Personalberatungsagentur damit beauftragt, besonders nach geeigneten Frauen zu suchen.



Foto: Wolfgang Frautscher

Mit ganz viel Energie

Carola Bluhm soll im Oktober die Nachfolge von Heidi Knake-Werner als Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales antreten

Noch ist Carola Bluhm Fraktionsvorsitzende für DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus. In ihrem Büro stapeln sich Unterlagen für die kommenden Wochen. Die Haushaltsberatungen beginnen, die Fraktion geht am Sonntag in Klausur. Und sie weiß, dass einige Themen da ganz weit oben stehen werden: die Mittel für die Kitas zum Beispiel. Da hat sie selbst die Debatte noch einmal befeuert. Denn natürlich ist ihr beides wichtig: Gebührenfreiheit für Bildung und mehr Geld für mehr Qualität. Doch was, wenn die Mittel für beides eigentlich nicht da sind, weil auch für die Schulreform mehr ausgegeben werden muss, weil die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wieder mehr Geld bekommen sollen? Sollte man Eltern, die bereit sind, einen Beitrag zu leisten, da nicht zumuten können, dass die komplette Kitakostenfreiheit ein wenig verschoben wird? Carola Bluhm hat keine Angst vor solchen Auseinandersetzungen. Auch wenn man nicht aus jeder als Gewinnerin hervorgehen kann. Klaus Wowereit ist einer von den Sozialdemokraten, dem das gefällt. Ihr Streiten für Gerechtigkeit, ihre Energie, mit der sie in Verhandlungen geht. Andere Koalitionspartner reagieren ein bisschen gereizt, wenn sie regelmäßig daran erinnert werden, dass auch die SPD auf ihren Parteitagen die Gemeinschaftsschule beschlossen hat, eine Gleichstellung im Schulgesetz da doch selbstverständlich sein müsste. Carola Bluhm geht Probleme offen an. So hat sie geschafft, dass die Linksfraktion trotz gelegentlicher Meinungsdivergenzen immer handlungsfähig blieb.

Seit sie 2006 Fraktionsvorsitzende wurde, hat DIE LINKE in Berlin Dinge verwirklicht, die es anderswo in der Bundesrepublik schlicht nicht gibt. Es sind vor allem Veränderungen im Bildungsbereich und Projekte für eine soziale Stadt, die die Fraktion unter ihrer Führung befördert hat. Den BerlinPass zum Beispiel, der möglich macht, dass jene, die von ALG II leben müssen, unbürokratisch am gesellschaftlichen Leben in der Stadt teilnehmen, den öffentlichen Nahverkehr vergünstigt nutzen oder für 3 Euro ins Theater gehen können. Der gemeinsame Ethikunterricht zählt dazu. Er war das entscheidende Argument in der Auseinandersetzung um die Einführung eines verpflichtenden Religionsunterrichtes, der die Kinder in der Stadt nach ihren Glaubensrichtungen getrennt hätte. Es freut sie, dass Oskar Lafontaine jetzt, in Wahlkampfzeiten, für Projekte der Linken wirbt, die in der einzigen rot-roten Koalition bereits umgesetzt werden: Das längere gemeinsame Lernen oder der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor. Vieles, was DIE LINKE in Berlin künftig leisten muss, wird von den Auswirkungen der Krise geprägt sein. Da wird es besonders um Arbeit gehen, um Soziales und Integration – ihr Ressort als Senatorin. Carola Bluhm wird es am 15. Oktober von Heidi Knake-Werner übernehmen, mit Ideen und ihrer ganz besonderen Energie.

■ Clara Feld

Was tut Berlin gegen die Krise?

Große Summen müssen schnell umgesetzt werden

Klar ist, dass die wesentlichen Maßnahmen gegen eine Wirtschaftskrise des derzeitigen Ausmaßes nicht vorwiegend auf Landes-, sondern auf Bundesebene getroffen werden müssten. Klar ist auch, dass die Bundesregierung mit ihren halbherzigen Konjunkturpaketen und der Luftnummer Bad-Bank-Gesetz keine wirksame Krisenbekämpfung betreibt.

Aber was kann Berlin gegen die Folgen der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren tun, was tut das Land Berlin?

Um über öffentliche Investitionen den Einbruch der Auftragseingänge zu kompensieren, werden in Berlin im Rahmen des Konjunkturprogramms II 652 Mio. Euro aus Landes- und Bundesmitteln finanziert, die bis Ende 2010 ausgegeben sein müssen. Bisher konnten 366 Maßnahmen mit einem Volumen von 370 Mio. Euro begonnen werden. Für die zügige Auftragsvergabe des Landes haben wir ein vereinfachtes Vergabeverfahren eingeführt.

Zusätzlich hat das Land sein Schul- und Sportstättenanierungsprogramm um 50 Mio. Euro aufgestockt und die Mittel für den Stadtumbau Ost um 10,5 Mio. Euro erhöht. In den Jahren 2009 bis 2011 stehen jährlich aus dem Landeshaushalt rund 1,5 Mrd. Euro Investitionsmittel zur Verfügung.

Aber auch die öffentlichen Unternehmen investieren in der Krise viel: Der Flughafen BBI wird 2009 allein 680 Mio. Euro investieren, das Gesamtvolumen des Projektes beträgt 2,5 Mrd. Euro. Die Anstalten öffentlichen Rechts – Berliner Wasserbetriebe (BWB),

die Berliner Stadtreinigung (BSR) und die BVG – sind ebenfalls allein im Jahr 2009 mit 739 Mio. Euro sehr große Nachfrager.

Neben der verstärkten öffentlichen Auftragsvergabe haben wir die Beratungsangebote verstärkt, natürlich bei der Investitionsbank Berlin (IBB), aber auch über einen Zusammenschluss aus Industrie- und Handelskammer (IHK), Jobcentern, dem DGB, der Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg (UVB), der Handwerkskammer und der Senatsverwaltung eine breite Informationspalette für Unternehmen in Krisensituationen geschaffen.

Für von der Krise betroffene Unternehmen steht auch ein umfangreiches Bürgschaftsinstrumentarium bei der Investitionsbank Berlin (IBB) und der Bürgschaftsbank Berlin-Brandenburg zur Verfügung. Die Kreditprogramme der IBB sollen an die Bedingungen der Wirtschaftskrise mit der Zielsetzung angepasst werden, einer Kreditklemme entgegenzuwirken und so Beschäftigung zu sichern.

Zur Verbesserung des Standortmanagements für bereits in Berlin ansässige Unternehmen haben wir einen neuen Unternehmensservice aufgebaut, der Unternehmen umfassend beraten wird.

■ Harald Wolf, DIE LINKE, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Weitere Informationen: berlin-trotzt-der-Krise.de

Wortmeldungen vor der Wahl:

Der Thüringer CDU-Ministerpräsident Althaus will den Solidaritätszuschlag abschaffen. Wer so etwas vorschlägt, hat keine Ahnung von der Lage in Ostdeutschland. Ist es nicht erstaunlich, dass gerade die beiden Ostdeutschen Althaus und Merkel besonderen Wert darauf legen, mit ihrer Politik nicht als Ostdeutsche wahrgenommen zu werden? Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Experimentierfeld auf den Westen ausgedehnt wird. DIE LINKE will Regeln, die für alle gelten – auch für die Ackermänner und Zumwinkels unserer Gesellschaft. ■ Gesine Lötzsch

Zu meinen besonderen Anliegen gehört der Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung von gesellschaftlichem Einfluss auf Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch in Berlin haben wir mit den negativen Auswirkungen der Privatisierungspolitik der 90er Jahre ... zu kämpfen, z. B. in Form von exorbitant steigenden Preisen für Strom, Gas und Wasser. Die Lehre aus dieser Erfahrung gilt auch für andere Bereiche: auch Verkehr, Wohnungswesen, wichtige Teile der sozialen und kulturellen Infrastruktur gehören in die öffentliche Hand oder zumindest unter öffentliche Kontrolle.

■ Klaus Lederer

In den letzten Jahren wurden unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung zahlreiche Aufweichungen der Bürgerrechte beschlossen. Diese Gesetzesänderungen gehen über das Ziel weit hinaus und sind nicht geeignet, Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen. Der gläserne Mensch passt nicht in meine Vorstellung von einer Demokratie.

■ Halina Wawzyniak

Die LINKE steht für Veränderungen – nicht für heiße Luft. Wir haben gehandelt! Solidarität ist für uns, die Hartz-Gesetze abzulehnen und trotz knapper Kassen für ALG 2-Empfängerinnen und -Empfänger den Berlin-Pass zu beschließen. Demokratie ist für uns, die Schleierfahndung abzuschaffen und Volksentscheide einzuführen. Friedenssignale auszusenden bedeutete für uns, den Kampf in der Kyritz-Ruppiner Heide gegen das geplante Bombodrom zu unterstützen. Der Erfolg gab uns Recht.

■ Stefan Liebich

Am 5. September gegen Atomkraft

Asse, Gorleben, Krümmel: Die Atomwirtschaft liefert immer neue Argumente gegen die Atomkraft. Atomstrom ist nicht billig, sondern unbezahlbar. Die Kosten der Atom Mülllagerung über Millionen Jahre und die Risiken eines Schadenfalls werden auf die Steuerzahler/-innen abgewälzt.

Atomkraft verhindert den Ausbau erneuerbarer Energien. Wir stehen zur radikalen Energiewende – ohne Wenn und Aber!

Wir setzen uns für die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen ein.

„Raus aus der Atomkraft!“ – und auf die Straße. Kommt zur bundesweiten Anti-Atom-Demonstration am 5. September 2009 in Berlin unter dem Motto „Mal richtig abschalten!“. Lasst uns dafür ein ein-drucksvolles Zeichen setzen.

(Aus dem Aufruf der Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstandes und der Spitzenkandidaten/-innen der Landeslisten der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009)

Treffpunkt der LINKEN, 13 Uhr:

Hauptbahnhof – Washingtonplatz,
Friedrich-List-Ufer / Ecke Rachel-Hirsch-Straße



Foto: Burkhard Lange

DIE LINKE. Berlin

Wahlkampf-Tour 2009 mit Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag

Musik: TIN ALLEY JAZZ QUARTETT

9. September, 15 – 18 Uhr

Mitte, Alexanderplatz, Brunnen/Kaufhof,
mit Klaus Lederer

10. September, 15 – 17 Uhr

Spandau, mit Monika Merk

11. September, 16 – 18 Uhr

Marzahn-Hellersdorf, Mehrower Allee/Ecke
Sella-Hasse-Str. (Plaza), mit Petra Pau

14. September, 16 – 18 Uhr

Charlottenburg-Wilmersdorf, Wilmersdorfer
Str., mit Hans-Ulrich Riedel und Petra Pau

15. September, 16 – 18 Uhr

Steglitz-Zehlendorf, Walther-Schreiber-
Platz, mit Olaf Michael Ostertag

16. September, 16 – 18 Uhr

Reinickendorf, Gorkistr./Höhe Hertie-Kauf-
haus, mit Felix Lederle

17. September, 16 – 18 Uhr

Lichtenberg, Kaiser-Verbraucher-
markt gegenüber Tierpark, mit Gesine
Lötzschen

18. September, 16 – 18 Uhr

Friedrichshain-Kreuzberg, Boxhagener
Platz/Ecke Krossener Str., mit Halina
Wawzyniak und Petra Pau

21. September, 16 – 18 Uhr

Treptow-Köpenick, Schlossplatz, mit
Gregor Gysi und Oskar Lafontaine

22. September, 16 – 18 Uhr

Neukölln, Platz der Stadt Hof, mit Ruben
Lehnert

23. September, 16 – 18 Uhr

Pankow, Wiltbergstr./Ecke Walter-Fried-
rich-Str., mit Stefan Liebich

24. September 16 – 18 Uhr

Tempelhof-Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-
Platz, mit Figen Izgin

Aktuelle Informationen unter:
www.die-linke-berlin.de

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 21. 8. 2009

Briefwahl: Adressen

Wenn Sie dort hingehen, können Sie Ihren roten Briefwahlumschlag
gleich in eine Wahlurne werfen.

Mitte: Bezirkswahlamt, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Tel. 9018-32856, Fax: -32864, (Mo–Fr 8–18 Uhr). Weitere Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen: Rathaus Mitte, Bürgeramt, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin; Rathaus Wedding, Bürgeramt (Rathaus-Neubau), Müllerstraße 147, 13353 Berlin (jeweils Mo: 8–15 Uhr, Di, Do 11–18 Uhr, Mi, Fr 8–13 Uhr)

Friedrichshain-Kreuzberg: Bezirkswahlamt, Raum 3102/3103, Frankfurter Allee 35/37
10247 Berlin, Tel.: 90298-3020 Fax: -2363 oder -3263, Mo–Fr 8–18 Uhr).

Pankow: Bezirkswahlamt, Breite Str. 24A–26, 13187 Berlin, Tel.: 90295-2563 / -2564
Fax: -2560 / -2701 (Mo–Fr 8–18 Uhr). Weitere Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen: Rathaus Pankow, Kleiner Ratssaal R 118, Breite Str. 24A–26, 13187 Berlin (jeweils Mo: 8–15 Uhr, Di, Do 11–18 Uhr, Mi, Fr 8–13 Uhr).

Charlottenburg-Wilmersdorf: Bezirkswahlamt, Otto-Suhr-Allee 100, Raum 300, 10585 Berlin, Tel.: 9029-13930
Fax: -13945 (Mo–Fr 8–18 Uhr). Weitere Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen: Briefwahlstelle Rathaus Wilmers-
dorf, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin, Raum 1141 (Mo–Fr 12–18 Uhr).

Spandau: Bezirkswahlamt, Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin, Tel.: 90279-6511 Fax: -6600 (Mo–Fr 8–18 Uhr).

Steglitz-Zehlendorf: Bezirkswahlamt, Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin, Tel.: 90299-2190 Fax: -5001 (Mo–Fr 8–18
Uhr). Weitere Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen: Rathaus Zehlendorf, Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin, Raum
C22/23, Rathaus Steglitz, Schloßstr. 37, Raum 302, 12163 Berlin (jeweils Mo–Fr 8–18 Uhr).

Tempelhof-Schöneberg: Bezirkswahlamt, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin, Tel.: 90277-3040 oder -3050
Fax: -7800 (Mo–Fr 8–18 Uhr). Weitere Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen: Bürgeramt Tempelhof, Tempelhofer
Damm 165, 12099 Berlin; Bürgeramt Lichtenrade, Briesingstraße 6, 12307 Berlin (jeweils Mo: 8–15 Uhr, Di, Do
11–18 Uhr, Mi, Fr 8–13 Uhr).

Neukölln: Bezirkswahlamt, Karl-Marx-Str.
83, 12040 Berlin, Tel.: 6809-2448 Fax: -3901
(Mo–Fr 8–18 Uhr). Weitere Ausgabestellen
für Briefwahlunterlagen: Briefwahlstelle,
Blaschkoallee 32, 12359 Berlin, Raum 034
(Mo, Mi 8–15 Uhr, Di, Do 11–18 Uhr, Fr 8–14
Uhr), Briefwahlstelle, Rathaus Neukölln,
Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin, Raum A 119
(Mo–Fr 8–18 Uhr).

Treptow-Köpenick: Bezirkswahlamt,
Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin, Tel.: 90297-
2010 oder -2011 Fax: -2016 (Mo–Fr 8–18
Uhr). Ausgabestelle für Briefwahlunter-
lagen: Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick
21, 12555 Berlin, Raum 317 (Mo–Fr 8–18
Uhr).

Marzahn-Hellersdorf: Bezirkswahlamt,
Riesaer Str. 94, 12627 Berlin, Tel.: 90293-
4074 Fax: -4075 (Mo–Fr 8–18 Uhr).
Ausgabestelle für Briefwahlunterlagen:
Bezirkswahlamt, Raum B 501, Riesaer
Str. 94, 12627 Berlin (Mo–Fr 8–18 Uhr).

Lichtenberg: Bezirkswahlamt, Egon-
Erwin-Kisch-Str. 106, 13059 Berlin, Tel.:
90296-7800 Fax: -4609 (Mo–Fr 8–18
Uhr). Weitere Ausgabestellen für Brief-
wahlunterlagen: Bürgerämter 1 und
3, Egon-Erwin-Kisch-Str. 106, 13059
Berlin sowie Rathaus Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin (jeweils
Mo: 8–15 Uhr, Di, Do 11–18 Uhr, Mi, Fr
8–13 Uhr).

Reinickendorf: Bezirkswahlamt,
Teichstr. 65, Haus 1, 1. OG, 13407
Berlin, Tel.: 90294-2148 Fax: -2223
(Mo–Fr 8–18 Uhr).

... und dann:
DIE LINKE
wählen: Liste 3



Einfach wählen... Schon jetzt per Briefwahl!

So einfach geht's:

Den Antrag zur Briefwahl kann man jetzt schon stellen,
dann kommen die Unterlagen ins Haus. Man beantragt den
Wahlschein bei seinem Wahlamt.

Das geht persönlich beim Amt, per Brief, per Telegramm,
per Fax, per E-Mail, aber nicht telefonisch.
Und es geht noch leichter: z.B. mit der Wahlbenachrich-
tigung (Vordruck auf der Rückseite der Wahlbenachrichti-
gungskarte).

Oder im Internet unter www.wahlen-berlin.de
Hier finden Sie ein Formular, das am Computer ausgefüllt
werden kann und dann an die zuständige Behörde weiterge-
leitet wird. Schon ist der Antrag auf dem Weg.
Letzter Termin für die Beantragung ist Freitag, der 25. Sep-
tember 2009, 18.00 Uhr. In Ausnahmefällen (wie plötzli-
cher Krankheit) ist die Beantragung noch bis 15.00 Uhr am
Wahlsonntag möglich. Damit Sie ganz sicher gehen, dass
Ihre Stimme ankommt, rechnen Sie mit einer Postlaufzeit
von 2 Tagen.

Und dann bequem auf dem Sofa wählen. Machen Sie Ihr
Kreuz auf dem Stimmzettel, Erst- und Zweitstimme ankreu-
zen.

Stimmzettel in den blauen Umschlag stecken, zukleben. Die
beigefügte Erklärung unterschreiben. Sie bestätigen damit,
dass der Stimmzettel eigenhändig angekreuzt wurde.
Beides zusammen in den roten Briefumschlag tun, zukleben
und unfrankiert in einen Post-Briefkasten stecken.

Das war's, so einfach kann man wählen.